



Pressemitteilung vom 30. August 2018

Straftaten müssen verurteilt werden!

Als Antwort auf [einen Antrag der AfD-Ratsfraktion](#), die Landeshauptstadt Hannover möge sich von den Aussagen der Justizministerin Katarina Barley distanzieren und Genitalverstümmelung verurteilen, hat die Fraktion Die FRAKTION in [einem Änderungsantrag](#) die Landeshauptstadt Hannover aufgefordert, sich generell von sämtlichen Straftaten zu distanzieren – vor allem von Straftaten mit rassistischen, homophoben, antisemitischen, sexistischen oder anderen diskriminierenden Hintergründen.

Hannover – Straftaten gehören verurteilt. Von Gerichten sowieso, aber auch Stadt und Politik sollten sich möglichst öffentlichkeitswirksam distanzieren. Der Fraktion Die FRAKTION ging daher der Antrag der AfD-Ratsfraktion, sich von den Aussagen der Justizministerin Katarina Barley zu distanzieren und Genitalverstümmelung zu verurteilen, nicht weit genug. Vor allem, weil Katarina Barley Genitalverstümmelung gar nicht relativiert hat. Und vor allem, weil sich hier die AfD – wie auch schon in der Vergangenheit häufiger vorgekommen – zum Schützer von Frauenrechten ernannt hat, was dem Fraktionsvorsitzenden Julian Klippert sauer aufschlägt:

“Gewalt gegen Frauen für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren ist schon ein starkes Stück. Gewalt gegen Frauen zu verurteilen und gleichzeitig einen gesamten Kulturkreis zu diffamieren und zu diskreditieren auch. Ich hoffe ja häufig, dass wir schon am Boden des Niveaus der AfD angekommen sind, aber dann geht’s doch immer noch ein Stückchen weiter runter. Faszinierend!

Grundsätzlich finde ich es gut und wichtig, dass unsere Gerichte Straftaten verurteilen. Um den gesellschaftlichen Frieden zu stärken, ist es aber wichtiger denn je, dass Stadt und Politik sich von Aussagen und Taten distanzieren, die antisemitische, frauenverachtende, homophobe, rassistische oder in anderer Weise diskriminierende Hintergründe haben. Mal schauen, ob die AfD uns da zustimmt!”